

Antrag

der Abgeordneten Jens Petermann, Katrin Kunert, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Ulla Jelpke, Jan Korte, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Raju Sharma, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.

Sportförderung neu denken – Strukturen verändern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sport hat eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Durch ihn werden positive Werte vermittelt, er trägt zu einer gesünderen Lebensweise bei und hat wertvolle integrative Effekte. Sowohl der Breiten- als auch der Spitzensport sind unverzichtbar für die Gesellschaft. Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sind Vorbilder und können Menschen dazu animieren, sich selbst Ziele zu setzen und auf deren Erreichung hinzuarbeiten. Die Förderung des Breitensports ist auf Dauer auch für den Spitzensport unerlässlich, da besonders in diesem Bereich eine effektive Nachwuchsförderung stattfinden muss.

Die derzeitige Verteilung der Sportfördermittel ist intransparent und nicht nachvollziehbar. Außerdem werden durch die aktuellen Ergebnisse der deutschen Mannschaft bei internationalen Sportveranstaltungen, wie zuletzt den Olympischen Spielen 2012 in London, Fragen hinsichtlich ihrer Effektivität aufgeworfen. Das Instrument der Zielvereinbarungen hat sich in seiner bisherigen Form nicht bewährt. Die Verteilung von Steuermitteln muss transparent nach einheitlichen Kriterien erfolgen und die Verwendung der Mittel muss überprüfbar sein.

Die alleinige Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik bringt auch für den Bereich des Sports erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Insbesondere das Kooperationsverbot aus Artikel 104b des Grundgesetzes für Bund und Länder hat nachteilige Auswirkungen auf die Nachwuchsfindung und -förderung. Für einen erfolgreichen Spitzensport ist es wichtig, dass sowohl Schul- als auch Vereinssport weiterentwickelt und stärker gefördert werden. Es ist unerlässlich, dass es ein einheitliches Sportförderkonzept gibt und die Aufgaben von Bund und Ländern gemeinsam wahrgenommen werden. Derzeit sind die Möglichkeiten der Finanzierung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, so dass es wichtig ist, eine ausgewogene Verteilung der Ausgaben festzulegen. Bildung ist auch im Bereich des Sports eine Gemeinschaftsaufgabe.

Die Spitzensportförderung bei Bundespolizei, Bundeswehr und Zoll ist nicht geeignet, um flächendeckende Sportförderung entsprechend den eigenen Bedürfnissen zu garantieren. Viele Spitzensportlerinnen und Spitzensportler entscheiden sich lediglich aus der Not heraus für eine Laufbahn bei den genannten

Behörden. Sportlerinnen und Sportler, die ein Studium absolvieren wollen, sind schlechter gestellt als beispielsweise die Angehörigen einer Sportfördergruppe der Bundeswehr. Darüber hinaus bietet gerade die Bundeswehr im Anschluss an die sportliche Karriere auch keine ausreichenden beruflichen Perspektiven. Langfristige und verlässliche Förderung ist wichtiger als kurzzeitige finanzielle Absicherung und vereinzelte Prämien. Die Sportlerinnen und Sportler sollen die Möglichkeit haben, eine Laufbahn entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen einzuschlagen und die freie Wahlmöglichkeit hinsichtlich ihrer beruflichen Orientierung haben. Studentinnen und Studenten, die eine Karriere im Spitzensport wählen, müssen geeignete Studien- und Trainingsbedingungen haben. Diese Möglichkeiten müssen auch Sportlerinnen und Sportlern mit Behinderung eröffnet werden. Der Sport von Menschen mit Behinderung ist grundsätzlich nach den gleichen Kriterien zu fördern wie der Sport von Menschen ohne Behinderung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein neues Konzept für die Sportförderung in Deutschland vorzulegen und die dafür nötigen gesetzlichen Änderungen als Voraussetzung für dessen Umsetzung zu initiieren. Das Konzept soll folgende Schwerpunkte aufweisen:

1. Einrichtung eines Sportministeriums, das eine effektive und transparente Mittelvergabe zu sichern hat und Ansprechpartner für die Belange des Sports ist,
2. Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bereich der Bildung, um den Schulsport einheitlich zu qualifizieren und die einer sportlichen Karriere bisher hinderlichen Schulwechsel zu erleichtern,
3. Aufhebung der Kompetenzteilung zwischen Bund und Ländern, um die Förderung von Menschen sowohl mit als auch ohne Behinderung von der Bewegung im frühkindlichen Alter über den Kinder-, Jugend- und Breitensport bis hin zur Talentsichtung und -förderung in gemeinsamer Verantwortung wahrzunehmen,
4. Entwicklung einer flächendeckenden qualifizierten Übungsleiter- und Trainerausbildung, die sowohl Menschen mit als auch ohne Behinderung umfasst sowie einer existenzsichernden Tätigkeit der hauptamtlichen Trainerinnen und Trainer,
5. Maßnahmen, um in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen darauf hinzuwirken, dass alle Sportstätten in Deutschland in einen barrierefreien Zustand versetzt werden und zeitnah den Anforderungen an einen modernen Sportstättenbetrieb gerecht werden.

Berlin, den 7. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Debatte über die Umgestaltung der Sportförderung in Deutschland ist längst überfällig, und mit ihr müssen auch konkrete Maßnahmen einhergehen.

Aktuell sind die Sportfördermittel auf neun Einzelpläne des Haushalts verteilt. Das System ist kompliziert und intransparent. Die Beantragung von Sportfördermitteln ist häufig mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Durch die Ein-

richtung eines eigenen Sportministeriums sollen diese Hürden abgebaut und das System der Sportförderung übersichtlicher gestaltet werden.

Die herausragende Bedeutung des Sports für die Gesellschaft muss in seiner Gesamtheit begriffen werden. Breiten-, Leistungs-, Gesundheits- und Schulsport stehen in einer wechselseitigen Beziehung zueinander und bedingen sich gegenseitig. Nur wenn dieses Verhältnis entsprechend gewürdigt wird, können die positiven Wirkungen des Sports in die Gesellschaft übertragen werden. Dieser Verantwortung muss der Bund in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen gerecht werden.

